

Diese *Wochenschrift*  
erscheint wöchentlich Mittwochs *Vermittag*  
in einem *Bogen* in der *Buchdruckerei* der  
*Gebr. Scharf* für den *vierteljähr.* *Pränu-*  
*merationspreis* von 7 *Sgr.* 6 *Pf.*



*Ämtliche* und *Privat-Anzeigen*  
für den *Boten* werden gegen 1 *Sgr.* für  
die *breitgedruckte* *Zeile* in *gewöhnlicher*  
*Schrift* bis *spätestens* *Dienstag* *früh* 7 *Uhr*  
erbeten.

# Der Zambauer Bote.

Eine unterhaltende und belehrende *Wochenschrift*  
für *Stadt* und *Land.*

N<sup>o</sup>. 33.

Mittwoch, den 10. October

1849.

## Aus den Verhandlungen des hiesigen Vereins für Gesetz und Ordnung.

Verhandelt *Lauban*, den 26. *Septbr.* 1849.

Die heutige *Sitzung* wurde mit der *Verlesung* des  
*Protokolls* vom 19<sup>ten</sup> *c.* eröffnet, welches, da sich  
gegen *Form* und *Inhalt* desselben nichts zu *erinnern*  
fand, zwei *Mitglieder* im *Namen* der *Versammlung*  
durch ihre *Unterschrift* vollzogen. Hierauf folgte  
die *politische* *Rundscha*, in welcher diesmal nur  
wenig zu *berichten* war, da sich während der *letzten*  
*acht* *Tage* auf dem *politischen* *Gebiete* nichts *Er-*  
*hebliches* zugetragen hatte. Auf der *Tagesord-*  
*nung* stand die *Wahl* des *neuen* *Vorstandes*. Bevor  
jedoch diese *vorgenommen* wurde, verlas der *Vor-*  
*sitzende* den von ihm *ausgearbeiteten* *Geschäfts-*  
*bericht* über die *Wirksamkeit* unseres *Vereins* wäh-  
rend der *letzten* *drei* *Monate*, und *forderte* dann  
den *Rechnungsführer*, *Kreis-Steuer-Einnahmer*  
*Mitschke*, auf, der *Versammlung* *Rechnung* über  
*Einnahme* und *Ausgabe* zu *legen*. Dieser *erklärte*,  
daß er durch *Ämtsgeschäfte* *verhindert* worden wäre,  
die *Vereins-Rechnung* für *heute* zum *Abschluß* zu  
*bringen*, und *versprach* dieselbe in der *nächsten*

*Sitzung* *vorlegen* zu *wollen*. Hierauf richtete der  
*Vorsitzende* einige *Worte* des *Dankes* sowohl an  
die *Versammlung* für die ihm während seines *Vor-*  
*sitzes* *bewiesene* *Theilnahme* und *Nachsicht*, als auch  
an die *Vorstands-Mitglieder* für ihre *bereitwillige*  
*Unterstützung*, welche es *möglich* machte, den  
*Organismus* unseres *Vereins* im *geordneten* *Gange*  
zu *erhalten*. Nachdem dieses *geschehen* war, legte  
er sein *Ämt* in die *Hände* der *Versammlung* *nieder*  
und *ersuchte* sie, zur *Wahl* des *neuen* *Vorstandes*  
zu *schreiten*. Demgemäß schlug der *General* von  
*Klinkowström* vor, den *zeitlichen* *Vorstand*  
wegen des *ferneren* *Verbleibens* in seinen *Functi-*  
*onen* zu *bitten*, und *ersuchte* diejenigen *Mitglieder*,  
welche mit diesem *Vorschlage* *einverstanden* wären,  
dieses durch *Aufstehen* zu *erkennen* zu *geben*. Als  
sich hierauf die *ganze* *Versammlung* *erhoben* hatte,  
bat der *Redner* im *Namen* derselben den *zeitlichen*  
*Vorstand*, die *Leitung* der *Vereinsangelegenheiten*  
auch für das *nächste* *Vierteiljahr* in seiner *Hand*  
behalten zu *wollen*, welches von dem *letzteren* mit  
*Dank* *angenommen* wurde. Endlich ist noch zu  
*bemerk*, daß, auf *Antrag* des *vorigen* *Redners*,  
dem *hiesigen* *Landrath-Ämtsverweser* *Deeg* für  
seinen *Aufsatz*, betreffend die *Zurückweisung* der

den gegenwärtigen Kammern im hiesigen wöchentlichen Anzeiger gemachten Vorwürfe, Seitens des Vereins ein Dank abgestattet werden soll, mit der Bitte, mehr dergleichen ächt patriotische Gesinnungen bekundende Aufsätze dem Laubaner Boten einverleiben zu wollen.

Demnächst wurde die Sitzung geschlossen und die nächste auf kommende Mittwoch, den 3. Octbr. c., Abends um 7 Uhr, anberaumt.

## Bericht

über die Wirksamkeit des Vereins für Gesetz und Ordnung zu Lauban in den Monaten Juli, August und Septbr. c.

Erstattet in der Versammlung den 26. Septbr. 1849.

Die Thätigkeit des Vereins ist auch in dem verfloffenen Zeitabschnitte auf die Wahrung und Pflege des constitutionell-monarchischen Princips gerichtet gewesen. Ihr lag die Ueberzeugung zum Grunde, daß nur in der auf gegenseitigem Vertrauen beruhenden Eintracht zwischen Regierung und Volk das wahre und wirkliche Glück und Wohl eines Staates seinen Anfang und seine Vollendung finden könne. Demgemäß hat der Verein durch Schrift und Wort zur Lösung dieser Aufgabe beizutragen gesucht. Zunächst waren es die Wahlen der Deputirten zur zweiten Kammer, welche die Aufmerksamkeit des Vereins in Anspruch nahmen, und er hat zu verschiedenen Malen Veranlassung erhalten und genommen, seine Ueberzeugung in dieser Beziehung öffentlich auszusprechen. Besondere Gelegenheit hierzu bot die in den öffentlichen Blättern erschienene Erklärung des Vicepräsidenten des Appellationsgerichts zu Ratibor v. Kirchmann, indem einige Vereinsmitglieder sich berufen fühlten, ihre Gegenerklärungen durch den Laubaner Boten zur Oeffentlichkeit zu bringen. Wenn nun der Verein auch nicht zu bestimmen vermag, wie viel oder wie wenig diese Kundgebungen in seinem Bereiche gewirkt haben, so hat er wenigstens darin seine Pflicht gethan, daß er sich mit Entschiedenheit gegen ein Wahlssystem aussprach, dessen Resultat unmöglich einen günstigen Einfluß auf die gedeihliche Entwicklung der staatlichen Verhältnisse zu äußern

im Stande ist. Zu seiner Belehrung und Befestigung hat er auch von ähnlichen Erklärungen, welche in den verschiedenen Theilen der Monarchie sich vernehmen ließen, Kenntniß genommen. Der Ausfall der in Bunzlau stattgehabten Wahl des Deputirten für den diesseitigen Kreis ist bekannt. Derselbe hat, seinem Versprechen gemäß, dem Vereine bereits zwei Berichte über den Fortgang der Kammerverhandlungen zur weiteren Verbreitung gesendet. Diese Berichte sind in No. 27 und No. 30 des Laubaner Boten enthalten und haben auf Alle, welche es mit dem Könige und dem Vaterlande treu und ehrlich meinen, einen wohlthuenden Eindruck gemacht. Da der Verein es für seine Pflicht erkannt hat, neben den politischen Gegenständen auch den socialen Fragen seine Aufmerksamkeit zuzuwenden; so hat er besonders und zunächst die Frage: ob die Armen-Krankenpflege ein Privatinstitut oder eine Staatsanstalt sein müsse? in den Kreis seiner Verathungen gezogen. Das Resultat derselben war: an die 2te Kammer eine Petition des Inhalts zu richten, daß der Staat die Oberaufsicht über die Armenkrankenpflege übernehmen und in solchen Fällen, wo die Mittel der Gemeinden nicht ausreichen sollten, helfend die Hand reichen müsse. Diese Petition, deren Verfasser das Vereinsmitglied, Sanitätsrath Dr. Tamm ist, hat der Vorstand bereits vor längerer Zeit an den Deputirten zur weiteren Veranlassung gesendet. Sie ist, wie derselbe angezeigt hat, an die 2. Kammer abgegeben worden. Wenn man es nun versucht hat, in dem diesseitigen Kreise mißliebige Urtheile über die Zusammensetzung der Kammern und ihre Thätigkeit zu verbreiten, die Befähigung der in Berlin tagenden Männer in Zweifel zu ziehen, ja die Thätigkeit derselben als eine unzureichende zu bezeichnen; so hat dies nur eine willkommene Veranlassung geben können, durch thatsächliche Beweise das Unrichtige und Falsche jener Kundgebungen selbst dem Laien in politischen Angelegenheiten vor Augen zu legen. Der Bericht erinnert hier an die in No. 29 des Laubaner Boten enthaltene Antwort des Herrn Landrath-Amts-Verwesers Deetz auf einen in No. 71 und 72 des hiesigen wöchentl. Anzeigers ent-

haltenen Aufsatz. Schon oben wurde gesagt, daß der Verein auch die socialen Fragen zum Gegenstande seiner Besprechungen machen werde. Zu dem Ende ist von dem Vereinsmitgliede, Candidat Kluge, bereits in No. 29 des Boten ein Programm aufgestellt worden, nach welchem in einer Reihe zusammenhängender Vorträge die verschiedenen Gebiete des socialen Lebens — die Familie, der Besitz und die Arbeit — näher beleuchtet und zugleich die Mittel angegeben werden sollen, durch welche die Mißstände und Disharmonien des gesellschaftlichen Lebens zu beseitigen, oder wenigstens zu mindern sein dürften. Zwei Vorträge, welche sich mit der Beantwortung einiger Vorfragen beschäftigten, sind bereits von dem erwähnten Mitgliede gehalten worden. — Die seit dem 21. März c. angeordnete politische Rundschau hat auch in den vergangenen 3 Monaten stattgefunden. Sie ist von verschiedenen Vereinsmitgliedern abwechselnd gehalten worden, und diente, wie natürlich, dazu, von Woche zu Woche eine übersichtliche Zusammenstellung der erheblichsten politischen Ereignisse den Mitgliedern zu geben. Um auch den auswärtigen und von der persönlichen Theilnahme an den Verhandlungen abgehaltenen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, von der Thätigkeit des Vereins Kenntniß zu nehmen und mit ihm in ununterbrochener Verbindung zu bleiben, ist stets ein Auszug aus den Protokollen der Vereinsitzungen dem Laubauer Boten einverleibt worden. — Was endlich die ökonomischen Verhältnisse des Vereins anbetrifft, so wird der gegenwärtige Schatzmeister, Kreissteuer-Einnehmer Mitschke, die erforderlichen Mittheilungen darüber zu machen die Freundlichkeit haben. An den Schluß dieses Berichts knüpfe ich den aufrichtigen Wunsch, daß der Verein, wenn auch bescheiden und schwach an Zahl seiner Mitglieder, doch innerlich stark und kräftig sei, um das Princip, für welches er sich entschieden hat, würdig zu vertreten und unbeirrt den Weg zu gehen, den Pflicht und Gewissen ihm vorschreiben. Möge vor Allem in den Herzen seiner Mitglieder die treue Liebe zu dem angestammten Fürsten und zu dem theuern, hartgeprüften Vaterlande wohnen und walten, und die Sonne des Friedens über

uns aufgehen, damit Wohlstand und Glück unter uns immerdar weile! —

Das schlesische constitutionelle Provinzial-Comité hat folgende Adresse, die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung betreffend, an die Hohe Kammer gerichtet:

### Hohe Kammer!

Die Zeit rückt heran, wo es sich entscheiden muß, ob das preussische Heer auf die Verfassung vereidigt werden soll. Wir würden diese Vereidigung für ein großes Unglück halten. Das Heer ist seinem Wesen nach eine gehorchende Macht. Würde es fortan nicht bloß zur Treue gegen seinen König, sondern daneben noch zur Treue gegen die Verfassung eidlich verpflichtet, so müßte jedem einzelnen Soldaten das Recht eingeräumt werden, zu prüfen, ob die Befehle seines Königs und Kriegsherrn mit der Verfassung in Einklang stehen. Dadurch würde aber die Gelegenheit zur Auflösung des unbedingten Gehorsams, dieses Grundpfeilers der Disciplin, geboten und das so wohl organisirte preussische Heer in eine, wühlerischen Umtrieben hingeebene, der Freiheit gefährliche Soldateska verwandelt werden können. Aus diesen Gründen ersuchen wir Eine Hohe Kammer ergebenst:

die Nichtvereidigung des Heeres auf die Verfassung zu beschließen.

Vorstehender Adresse hat sich der hiesige Verein für Gesetz und Ordnung in allen Punkten angeschlossen.

### Kammer-Verhandlungen.

In der ersten Kammer ist an das Ministerium folgende Anfrage ergangen: 1) Welche Verhandlungen stattgefunden haben, um die Vereidigung Preußens an der deutschen Flotte sicher zu stellen? 2) Welche Thatsachen dem Ministerium in Bezug auf jenen Befehl und seinen Zweck bekannt sind? 3) Inwiefern die Regierung an dieser Disposition Theil genommen hat? 4) Ob und welche Mittel ergriffen sind, um mit größter Energie jener Maßregel entgegen zu treten? Der Minister des Aus-

wärtigen beantwortete die Fragen wie folgt: Die Begründung einer deutschen Reichsmarine hat der Regierung stets am Herzen gelegen. Trotz der finanziellen Verhältnisse hat sie dennoch die Opfer nicht gescheut, wo es die Erfüllung dieses volksthümlichen Zweckes galt. Zur Flotte wurden außer den früher für die Marine bestimmten Geldern noch 900,000 Rthlr. verwendet. Zur Zeit liegt die Marine in der Weser und ihre Leitung ist noch in den Händen der von uns nicht mehr anerkannten provisorischen Centralgewalt geblieben. Da die Regierung mit dieser Autorität nicht in Unterhandlung treten konnte, so knüpfte sie mit Hannover Verhandlungen an, welches seinerseits mit der Centralgewalt unterhandelte. Diese Unterhandlungen sind noch nicht zu Ende gediehen, und ich muß mich begnügen, zu sagen, daß Hannover in dieser Beziehung im Einverständnis mit Preußen und den übrigen deutschen Staaten handelt und für die Erhaltung der Flotte Sorge tragen wird. Bis jetzt hat die Regierung noch keine authentischen Nachrichten bekommen, daß der Flotte befohlen sei, sich segelfertig zu halten. So viel aber steht fest, daß die Flotte in der Weser nicht überwintern kann. Sollten die Gerüchte, welche umlaufen, sich bestätigen, und sollte man wirklich die angedeuteten Pläne verfolgen, so würde die preussische Regierung darin eine tiefe Reichsverletzung und einen entschiedenen Treubruch sehen. Allerdings giebt die so schnelle Beerdigung der Mannschaft diesen Gerüchten einen Anhaltspunkt, aber die Regierung kann nicht glauben, daß die provisorische Centralgewalt ihre Stellung so weit verkennt, um einseitig über deutsches Gemeingut zu verfügen. Nichts destoweniger wird die Regierung diese Angelegenheiten stets mit Wachsamkeit verfolgen und alle Mittel ergreifen, um die Rechte Preußens und der verbündeten Staaten zu wahren.

In der zweiten Kammer ist am 26. Septbr. bei Verathung des Artikels 99 der Verfassungsurkunde wegen Entrichtung der Steuern noch der Zusatz in Antrag gebracht und angenommen worden, daß von Seiten der Kammern die Bewilligung der Steuern nicht an Bedingungen geknüpft werden darf; treten Hindernisse ein, durch welche

die Anfertigung des Stats für ein künftiges Jahr verzögert wird, dann bleibt der bisherige noch 4 Monate über seine Zeit in Kraft. Zu einer Steuerverweigerung ist allemal die Uebereinstimmung beider Kammern erforderlich. Das fast einstimmig von der Kammer angenommene Gesetz, betreffend die Bürgerwehr, lautet: § 1. Die Errichtung und Umformung der Bürgerwehren nach dem Gesetz vom 17. October 1848 ist so lange auszusetzen, bis dasselbe auf Grund der revidirten Verfassung und nach Erlaß der neuen Gemeindeordnung einer Revision unterworfen worden ist. § 2. Die zur Ausrüstung der Bürgerwehren vom Staate verabreichten Waffen sind demselben zurückzugeben. In der Sitzung am 29. erregte großes Interesse die Interpellation des Abgeordneten von Beckerath an das Staatsministerium in Bezug auf die deutsche Frage. Ihr Inhalt ist folgender: „Von verschiedenen Seiten hat sich die Nachricht verbreitet, daß eine neue Centralgewalt geschaffen werden soll, welcher die Befugnisse des alten Bundestages beigelegt werden würden. Die Nachricht wird durch eine Stelle in der Thronrede des Königs von Baiern verstärkt, in welcher es heißt, daß für Deutschland nur in der schnellen Anordnung einer Bundesgewalt Heil liege. Da eine solche Centralgewalt dem Unterzeichneten als ein Hinderniß erscheint für das Zustandekommen des Bundesstaates, wie ihn die mit Preußen verbündeten Regierungen wollen, so erlaubt derselbe sich, sowohl um seine Pflicht als Volksvertreter zu erfüllen, als auch zur Beruhigung des Landes, die Regierung um Beantwortung folgender Fragen zu bitten: 1) Beabsichtigt die Regierung unbeschadet späterer Regulirung der Angelegenheiten ihre Zustimmung dazu zu versagen, daß dem neuen Organ die inneren Verwaltungsgegenstände, z. B. die Bundesfestungen anvertraut werden? 2) Ist die Regierung gesonnen, im Sinne ihrer Erklärung, den Bundesstaat zu erstreben mit allen, vielen oder wenigen Staaten Deutschlands, dahin zu wirken, daß sobald als möglich der Reichstag zusammenberufen werden könne?“ Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärt, daß er die Interpellation am nächsten Freitage beantworten

werde. Die Feststellung der Verfassung ist bis zum Artikel 95 vorgeschritten. Nach der Berichterstattung der Commission für Handel und Gewerbe ist das Gesetz über die Einrichtung von Gewerbegerichten im Lande überwiegend mit Befriedigung aufgenommen worden.

Die Budget-Commission der 2. Kammer hat sich der Prüfung eines von dem Präsidenten Grafen Schwerin vorgelegten Entwurfs eines Normal-Stats für die zweite Kammer unterzogen. Hienach beläuft sich im Ganzen der Stat für die zweite Kammer auf 185,920 Rthlr. bei viermonatlicher Dauer der Sitzungen.

## Zeitereignisse.

### Preußen.

In der 26. Sitzung der 2. Kammer wurde Graf Schwerin zum Präsidenten für die ganze Session, Simson zum 1. und Lensing zum 2. Vicepräsidenten erwählt.

Man schreibt aus Berlin Folgendes: Bei Art. 107., die Vereidung des Königs und der Staatsbeamten auf die Verfassung, ist die Frage: ob nicht die Minister allein zu vereidigen seien? lebhaft erörtert, schließlich jedoch durch die Majorität verneint worden. In Betreff des Heeres, dessen Nichtvereidigung durch Aufnahme eines besondern Zusages gewährleistet ist, wurde von einer Seite auf die entschieden ausgesprochene Absicht des Königs aufmerksam gemacht. Der Centralausschuß in seiner Mehrheit hat dabei die Auffassung, daß darin kein Anstoß werde gefunden werden, wenn der entschieden ausgesprochenen Absicht des Königs, obwohl es sich hier von einer Frage in Beziehung auf das dem königlichen Oberbefehle unterworfenen Heer handelt, entgegen getreten wird; es ist vielmehr voranzusetzen, daß der König der Meinung der Kammern nachgeben und eine Maßregel, welche die Vertretung nicht billigt, zurücknehmen wird, wenn aus der Revision der Verfassung der entgegengesetzte Grundsatz bestimmt hervorgeht. Darum ist es geradezu anzusprechen, was man will, und bei der Abstimmung wurde die Frage, soll dem Artikel zuge-

fügt werden: „Eine Vereidung des Heeres auf die Verfassung findet nicht statt,“ gegen eine Stimme angenommen.

Nach einer amtlichen Uebersicht der früher vorhanden gewesenen Patrimonialgerichte gab es im ganzen preussischen Staate derselben Patrimonial-Ober- und Untergerichte 6604, und gewöhnliche Patrimonialgerichte, welche von k. Gerichten widerrechtlich verwaltet wurden, 982.

Der Prinz von Preußen wird am 15. October nach Berlin kommen, und die Feierlichkeiten zu dessen Empfang sollen mit den Festlichkeiten zum Geburtstage Sr. Maj. des Königs verbunden werden.

Im Treubund zu Berlin beschäftigt man sich mit einer neuen Organisation, nach welcher nächstens ein großer Bundestag in Berlin stattfinden und alljährlich wiederholt werden soll. Zu demselben müssen alle Provinzial-Großmeister in Person erscheinen. Der Treubund geht ferner damit um, ein bedeutendes Grundstück anzukaufen, um daselbst ein Gebäude aufzuführen, welches dem Bunde ausschließlich gehören soll. Dasselbe soll einen Versammlungsaal, welcher mindestens 2500 Personen faßt, das Aufnahmelokal, die Bureau's und eine angemessene Wohnung für den Großmeister enthalten. Damit, wie man sich ausdrückt, einem Jeden die Freude gemacht werde, zu diesem großartigen patriotischen Unternehmen etwas beisteuern zu können, wird eine Subscription werden, zu welcher auch die kleinste Gabe willkommen sein wird.

Der in den Zeitungen aus Berlin gemeldete Vorfall, daß zwei Compagnien bei dem Manöver mit scharfen Patronen gegen einander geschossen hätten, verhält sich nach glaubhaften Mittheilungen, wie folgt: Am vorigen Freitage fielen schnell hinter einander aus der zweiten Compagnie Gardejäger zwei scharfe Schüsse beim allgemeinen Feuern gegen den gegenüberstehenden Feind, doch zum Glück ohne zu treffen. Ein gleiches geschah am Sonnabend aus der fünften Grenadier-Compagnie vom ersten Garderegiment zu Fuß, also nicht von der ganzen Compagnie und nicht gegen einander. Um den oder die Thäter zu ermitteln,

wurden die betreffenden Compagnien kommandirt, ohne Feuer anzumachen zu dürfen, im Freien zu bivouakiren; dies geschah von Seiten der betreffenden Jägercompagnie und der Grenadiercompagnie.

Die Polizei in Breslau hat mit Hülfe des Militärs eine aus gegen 20 Mann bestehende förmlich organisirte Raubbande, welche in der Stadt und Umgegend die frechsten Einbrüche und Diebstähle ausführte, gefangen genommen.

### Sachsen.

**Dresden.** Kaum ist der in der Gemäldegallerie verübte Diebstahl entdeckt und das entwundene Bild wieder erlangt worden, so vermißt man auch im grünen Gewölbe eine kostbare 3 Zoll hohe Figur. Man ist dem Diebe bereits auf der Spur.

### Oesterreich.

In Böhmen und Mähren ziehen sich auf Befehl der österreichischen Regierung ungewöhnlich starke Truppenmassen zusammen. Wie man hört, soll dies Observationscorps \*) auf Verlangen des Erzherzog Reichsverwesers aufgestellt worden sein; auch soll Fürst Schwarzenberg von der preuß. Regierung eine Note mit energischen Vorstellungen gegen das Verweilen einer so bedeutenden Truppenzahl in Böhmen und mehr gegen deren Verstärkung, wovon die Rede ist, erhalten haben. Preußen wird versichert, habe erklärt, daß es, wenn die kais. Truppen allda nicht verringert würden, entschlossen sei, eine doppelt so starke Macht seinerseits gegen die Grenze zu schicken.

Das Ereigniß der endlichen Uebergabe Komorns an die Oesterreicher setzen wir als bekannt voraus, und fügen nur noch hinzu, daß die Besetzung der Festung durch die k. k. Truppen bereits am 2. d. begonnen hat.

Zahlreiche Deputationen aus der Slowakei sind in Wien erschienen, um die Regierung zu bestimmen, die Slowakei zu einem selbstständigen Kronlande zu erheben. Indes erklären selbst solche

\*) Das Armeecorps in einer Stärke von gegen 50000 Mann unter Befehl des Erzherzogs Albrecht und General Rhevenhüler ist zusammengesetzt aus 24 Bataillonen, 16 Escadronen und 11 Batterien.

Blätter, welche slowakische Interessen vertreten, daß eine Trennung der Slowakei von Ungarn nicht nur unmöglich, sondern auch für Staat und Volk gefährlich wäre.

In der Türkei sind von den Insurgenten Bem und Dembinski, nach Briefen aus Widdin, zum Islam übergetreten und die Pforte soll dieselben mit hohen Posten in ihrer Armee bedacht haben.

### Baden.

Es scheint immer mehr zur Gewißheit zu werden, daß das zu reorganisirende badische Militair in Zukunft einen Truppenkörper mit dem preussischen bilden wird. Einstweilen geht man damit um, die Uniformirung des badischen Militärs der preussischen gleich zu machen.

### Frankreich.

Man schreibt aus Paris am 3. Octbr., daß die römischen Angelegenheiten noch immer die verschiedenen Parteien lebhaft beschäftigen. Die Journale beeifern sich, der Regierung zur erspriesslichen Behandlung dieser Frage Rath zu ertheilen. So meint das Univers, daß weder Frankreich allein, noch ein europäischer Kongreß sich in die römische Angelegenheit zu mischen habe. Das Papstthum schütze das Recht. Die Verträge von 1815 hätten keinen Werth für Rom, es habe sie nie anerkannt.

### Großbritannien.

Englische Blätter zeigen neuerdings ein sehr lebhaftes Interesse für die legitimistische Partei in Frankreich.

### Italien.

Man meldet unter andern aus Rom, daß die franzöf. Regierung gesonnen sei, ihre militärische Besetzung Roms auf die kürzeste Frist zu beschränken, jedoch unter der Bedingung des gleichzeitigen Abzugs der österreichischen, spanischen und neapolitanischen Truppen aus dem Kirchenstaate.

### Amerika.

Der Senat der Republik Haiti hat am 26. September beschlossen, dem schwarzen Präsidenten Soloque die Kaiserwürde zu übertragen, und der neue Monarch hat unter dem Namen Faustin I. den Thron bestiegen. Ob dieses merkwürdigen Ereignisses haben die Haitier die über-

schwänglichsten Freudenbezeugungen dargelegt. Se. Majestät beabsichtigt zunächst eine Zahl von Fürsten, Herzögen und Marquis zu ernennen.

### Kirchen-Nachrichten.

A. In der Kreuzkirche:

Freitag, d. 12. Octbr., Früh um 7 Uhr allgemeine Beichte und Communion. Rede: Herr Archidiacon. Jüngling.

Donnerstag, den 11. Oct., Nachmittags um 4 Uhr, Abendgebet: Herr Diac. Bornmann.

Freitag, d. 12. Oct., Nachmittags um 4 Uhr, Abendgebet Herr Archidiacon. Jüngling.

Sonntag, den 14. October 1849.

Amts-Predigt: Herr Diac. Bornmann.

Nachmittags-Predigt: Herr Katechet Schmidt.

Amts-Woche: Herr Diac. Bornmann.

B. In der Frauenkirche:

Amts-Predigt: Herr Archidiacon. Jüngling.

Für die Bertelsdorfer Kirchengemeinde predigt Herr Diacon. Bornmann.

Auch wird Sonntags, den 14. Octbr., die Collecte zum Besten der Blinden-Unterrichts-Anstalt zu Breslau hier in der Kreuzkirche und in der Frauenkirche nach dem Vor- und Nachmittags-Gottesdienste in den, an den Kirchthüren befindlichen Becken, eingesammelt werden.

C. In der Waisenhauskirche:

Dienstag, den 16. Octbr., Nachmittags um 5 Uhr, Andachtsstunde: Herr Diac. Bornmann.

Geboren.

Den 6. Octbr. dem V. u. Weber August Fiebiger, eine Tochter, Marie Louise.

Getraut.

Den 8. Octbr. Karl Gottlieb Kauschke, Maurer und Hausbesitzer in Haugsdorf, mit Igfr. Karoline Friederike Marschal.

Berichtigung in No. 32 d. Bl.

Pag. 254 Z. 22 v. u. rechts l. Dämpferkraft st. Dämpferkräfte.  
= 254 Z. 1. v. u. rechts l. Schwimmenlernen st. Schwimm-  
entern.

= 255 Z. 11. v. u. links l. ein Saame st. eine Saame.

### Inserate.

Der Geburtstag Sr. Königlichen Majestät **Friedrich Wilhelm IV.** wird am 15<sup>ten</sup> d. Mts. in gewohnter Weise gefeiert werden. Demgemäß erlaube ich mir die sämtlichen hiesigen Königlichen Civil- und Militair-Behörden, die städtischen Behörden, die Herren Geistlichen beider Confessionen, die Herren Lehrer des Gymnasiums und der Elementarschulen, die Eltern und Angehörigen unserer Zöglinge, sowie alle Jugend- und Vaterlandsfreunde zur geneigten Theilnahme an dieser Feier ergebenst einzuladen, mit der Bitte, Sich an dem genannten Tage Vormittags um 10 Uhr in dem Lehrzimmer der ersten Klasse des Gymnasiums gefälligst einzufinden zu wollen. Die Festrede hält dies Mal der Herr Coll. Dr. Prüfer. Vor derselben wird der Primaner Fohl von hier und nach derselben der Primaner Plagwitz aus Plagwitz eine Rede halten.

Lauban, den 9. October 1849.

Der Director des Gymnasiums  
**Dr. Schwarz.**

Zur Feier des Geburtstages Seiner Majestät des Königs beabsichtigen die Unterzeichneten ein Herren-Diner im hiesigen Schießhause zu veranstalten, und laden zur Theilnahme an demselben die Bewohner der Stadt und Umgegend ganz ergebenst ein.

Das Couvert ohne Wein wird 15 Silbergroschen kosten, für die Musik noch besonders eingesammelt werden, und die Tafel um 2 Uhr beginnen.

Lauban, den 9. October 1849.

**Deetz.**

**Baum.**

Mit Bezug auf mein Inserat in No. 27 dieses Blattes beehre ich mich hierdurch ganz ergebenst anzuzeigen, daß ich mich seit dem 1<sup>sten</sup> d. Mts. hierselbst als Maurer-Meister niedergelassen habe. Meine Wohnung ist am Markte beim Herrn Caffetier **Beier.**

Lauban, den 4. October 1849.

**A. Augustin.**

## Freiwilliger Verkauf.

Zur freiwilligen Subhastation der zu Ober-Linda, Laubaner Kreises, sub No. 98 belegenen, auf 390 Rthlr. 22 Sgr. 6 Pf. ortsgerechtlich taxirten Johann Gottlieb Gerlach'schen Häuslerstelle, steht ein Bietungstermin auf

den 19. Januar 1850, Vormittags 10 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle vor dem Herrn Kreis-Richter König an.

Die Lage und die Verkaufs-Bedingungen sind in der hiesigen Registratur einzusehen.

Lauban, den 14. September 1849.

Königliches Kreis-Gericht. Zweite Abtheilung.

## Sitzung des Vereins für Gesetz und Ordnung.

Mittwochs, den 10. October c., Abends um 6 Uhr.

Tagesordnung: Mittheilungen. Politische Rundschau.

Lauban, den 7. October 1849.

Der Vorstand.

Beim Beginn des neuen Quartals werden die geehrten Leser dieses Blattes um gefällige Erneuerung ihres Abonnements, durch Einzahlung von 7 Sgr. 6 Pf., höflichst ersucht.

Die Redaction des Lauban. Boten.

### Geld- und Fonds-Course

vom 6. October 1849.

Holl. u. Kaiserl. Rand-Ducaten 95½ Gld.  
Friedrichsd'or 113½ Br.  
Louisd'or 112½ Br.  
Poln. Courant 96¼ Br.  
Oesterreichische Banknoten 97 Br.

Freiwillige Staats-Anleihe 5½ 106 Gld.  
Staats-Schuld-Scheine pr. 1000 Rthlr. 89½ Br.  
Gr.-Herz.-Posener Pfandbriefe 4½ 100 Br.  
dito dito neue dito 3½ 89½ Br.  
Schles. Pfandbr. à 1000 Rthlr. 3½ 94½ Br.  
dito Litt. B. à 1000 Rthlr. 4½ 98½ Gld.  
dito à 1000 Rthlr. 3½ 91 Gld.  
Neue poln. dto. 94½ Gld.

### Laubaner Getreide- und Victualien-Preise:

vom 3. October 1849.

Der Scheffel	Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
	Fl.	Sgr.	o.	Fl.	Sgr.	o.	Fl.	Sgr.	o.	Fl.	Sgr.	o.
Höchster . . . . .	2	2	6	1	3	6	—	22	6	—	15	6
Niedrigster . . . . .	1	26	3	—	25	—	—	20	6	—	14	6
Heu (durchschnittlich) à Centn.	16 Sgr. 3 Pf.			Schöpfenfleisch à Pfund			2 Sgr. 6 Pf.					
Stroh (desgl.) à Schock	3 Thlr. 12 s 6 s			Kalbfleisch			—			1 s 9 s		
Rindfleisch à Pfund	2 s 3 s			Bier			à Quart			— s 10 s		
Schweinfleisch	3 s — s			Einfacher Korn à Quart			2 Sgr.			Doppelter 5 Sgr.		

Semmelwoche: Herr Haase auf der Raumburger-Gasse u. Herr Schirach auf der Nikolai-Gasse.  
Garküche: Herr Weinert in der Wönnichs-Gasse.

Redaction, Druck und Verlag von den Gebr. Scharf in Lauban.